

Ergeht per E-Mail

Graz, am 13. November 2018
EW - 64 -TR/SI

R U N D S C H R E I B E N 33 - A

Sehr geehrtes Mitglied!

Einräumung von Leitungsrechten – praktische Umsetzung

In Ergänzung zu unserem RS 22 A vom 8.10.2018 dürfen wir Sie nachfolgend über die praktische Umsetzung bei der Räumung von Leitungsrechten wie folgt informieren.

§ 107 EStG 2018 lautet wie folgt und tritt mit 1.1.2019 in Kraft:

„Steuerabzug bei Einkünften aus Anlass der Einräumung von Leitungsrechten

§ 107. (1) *Einkünfte gemäß § 21, § 22, § 23, § 27, § 28 oder § 29 Z 3 in Zusammenhang mit dem einem Infrastrukturbetreiber (Abs. 2) eingeräumten Recht, Grund und Boden zur Errichtung und zum Betrieb von ober- oder unterirdischen Leitungen im öffentlichen Interesse (Abs. 3) zu nutzen, unterliegen einer Abzugsteuer und sind bei der Berechnung der Einkommensteuer des von der Rechtseinräumung unmittelbar betroffenen Grundstückseigentümers oder -bewirtschafters weder beim Gesamtbetrag der Einkünfte noch beim Einkommen (§ 2 Abs. 2) zu berücksichtigen, sofern nicht die Regelbesteuerung (Abs. 11) beantragt wird.*

(2) *Infrastrukturbetreiber im Sinne dieser Bestimmung sind:*

1. *Elektrizitätsunternehmen (§ 7 Abs. 1 Z 11 des Elektrizitätswirtschafts- und –organisationsgesetzes 2010)*
2. *Erdgasunternehmen (§ 7 Abs. 1 Z 16 des Gaswirtschaftsgesetzes 2011)*
3. *Dem Mineralrohstoffgesetz, BGBl. I Nr. 38/1999, unterliegende Unternehmen, die Leitungsanlagen zum Zwecke des Transportes gasförmiger oder flüssiger Kohlenwasserstoffe betreiben*
4. *Fernwärmeversorgungsunternehmen (§ 10 Energieförderungsgesetz 1979)*

(3) *Die Nutzung von Grund und Boden liegt bei allen Maßnahmen im öffentlichen Interesse, die von Infrastrukturbetreibern zur Errichtung und zum Betrieb von ober- oder unterirdischen Leitungen insbesondere nach Maßgabe der Bestimmungen des Elektrizitätswirtschafts- und –organisationsgesetzes 2010, des Gaswirtschaftsgesetzes 2011, des Mineralrohstoffgesetzes oder des Energieförderungsgesetzes 1979 durchgeführt werden.*

(4) *Bemessungsgrundlage für die Abzugsteuer ist der bezahlte Betrag vor Berücksichtigung der Abzugsteuer, unabhängig davon, ob und in welchem Umfang dieser Betrag die Rechtseinräumung, die Abgeltung einer gemäß § 3 Abs. 1 Z 33 steuerfreien Wertminderung oder sonstige Zahlungen (z. B. Entschädigungen für Ertragsausfälle, Wirtschafterschwernisse, Wegebenützung oder für eine temporäre Nutzung einer Liegenschaft als Lagerplatz) betrifft. Die Umsatzsteuer ist nicht Teil der Bemessungsgrundlage.*

(5) Die Abzugsteuer beträgt 10%.

(6) Schuldner der Abzugsteuer ist der Empfänger der Einkünfte. Der Abzugsverpflichtete (Abs. 7) haftet für die Entrichtung der Abzugsteuer.

(7) Abzugsverpflichteter ist der Schuldner der Einkünfte. Der Abzugsverpflichtete hat die Abzugsteuer bei jeder Zahlung einzubehalten und die in einem Kalenderjahr einbehaltenen Steuerbeträge in einem Gesamtbetrag spätestens am 15. Februar des Folgejahres an sein Betriebsfinanzamt abzuführen.

(8) Der Abzugsverpflichtete hat innerhalb der Frist des Abs. 7 dem Finanzamt eine Anmeldung elektronisch zu übermitteln, in der die Empfänger der Einkünfte zu bezeichnen und die auf diese entfallenden Steuerbeträge anzugeben sind. Der Bundesminister für Finanzen wird ermächtigt, den weiteren Inhalt der Anmeldung und das Verfahren der elektronischen Übermittlung mit Verordnung festzulegen. Der Empfänger der Einkünfte hat dem Abzugsverpflichteten für Zwecke der Anmeldung folgenden Daten bekannt zu geben:

1. Vor- und Familienname, Firma bzw. sonstige Bezeichnung
2. Wohnsitz oder Sitz
3. Falls vorhanden: Abgabekontonummer
4. Bei natürlichen Personen: Die Versicherungsnummer (§ 31 ASVG), wenn keine Abgabekontonummer angegeben wird. Besteht keine Versicherungsnummer, ist das Geburtsdatum anzugeben.

(9) Mit der Entrichtung der Abzugsteuer durch den Abzugsverpflichteten gilt vorbehaltlich des Abs. 11 die Einkommensteuer in Bezug auf Einkünfte gemäß Abs. 1 als abgegolten.

(10) Dem Empfänger der Einkünfte ist die Abzugsteuer ausnahmsweise vorzuschreiben, wenn

1. der Abzugsverpflichtete die geschuldeten Beträge nicht vorschriftsmäßig gekürzt hat und die Haftung nach Abs. 6 nicht oder nur erschwert durchsetzbar wäre oder
2. der Empfänger weiß, dass der Abzugsverpflichtete die einbehaltene Abzugsteuer nicht vorschriftsmäßig abgeführt hat, und dies dem Finanzamt nicht unverzüglich mitteilt.

(11) Auf Antrag ist auf Einkünfte, von denen eine Abzugsteuer einbehalten worden ist, der allgemeine Steuertarif anzuwenden (Regelbesteuerungsoption). Sofern der Steuerpflichtige die Berücksichtigung der Einkünfte nicht in der von ihm nachzuweisenden Höhe beantragt, sind diese mit 33% der auf das Veranlagungsjahr bezogenen Bemessungsgrundlage (Abs. 4) anzusetzen.“

§ 24 Abs. 7 KStG 2018 lautet wie folgt und tritt ebenfalls mit 1.1.2019 in Kraft:

„(7) § 107 des Einkommensteuergesetzes 1988 gilt für Körperschaften im Sinne des § 1 Abs. 2 und Abs. 3 Z 1 nach Maßgabe folgender Bestimmungen sinngemäß:

1. Die Abzugsteuer beträgt 8,25%.
2. Abweichend von § 107 Abs. 6 des Einkommensteuergesetzes 1988 haftet der Schuldner der Einkünfte für die Entrichtung der Abzugsteuer nicht, wenn eine Anmeldung und der Abzug auf Grundlage der Angaben des Einkünfteempfängers unterblieben ist und diese Angaben nicht offensichtlich unrichtig sind.
3. Dem Empfänger der Einkünfte ist die Abzugsteuer vorzuschreiben, wenn ein Abzug gemäß Z 2 zu Unrecht unterblieben ist.“

Diese Regelungen gelten somit im Zusammenhang mit der Einräumung von Leitungsrechten ab 1.1.2019 für Unternehmen im Bereich der Versorgung mit Elektrizität, Erdgas, Erdöl und Fernwärme. Die Abzugssteuer beträgt 10 % bei Zahlungen an natürliche Personen und 8,25 % für Zahlungen an Körperschaften (§ 24 Abs 7 KStG). Sie hat eine Endbesteuerungswirkung für den Zahlungsempfänger. Abzugsverpflichteter ist der Infrastrukturbetreiber.

In der Anlage dürfen wir Ihnen eine Präsentation der EVN zukommen lassen aus der Sie nähere Details für die Umsetzung entnehmen können. Wir bitten Sie, diese Unterlage als interne Brancheninformation und Interpretationshilfe zu nutzen und nicht weiterzugeben.

Wie Sie der Präsentation entnehmen können, sind noch nicht alle Zweifelsfragen geklärt. Insbesondere die Frage bei der „Abgrenzung von der Rechtseinräumung unmittelbar betroffener vs. mittelbar betroffener Grundstückseigentümer“ muss noch geklärt werden.

Zusätzlich zu dieser Unterlage ist derzeit auch ein Folder in Zusammenarbeit mit dem BMF, Österreichs Energie und der Landwirtschaftskammer Österreich in Ausarbeitung, der als Grobinformation für die betroffenen Grundstückseigentümer gedacht ist. Dieser Folder soll in den kommenden Wochen fertiggestellt werden. Sobald der Folder zur Verfügung steht und die noch offene Frage geklärt ist, dürfen wir Sie wieder kontaktieren.

Für etwaige Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

VEREINIGUNG ÖSTERREICHISCHER ELEKTRIZITÄTSWERKE

A handwritten signature in black ink, reading 'Roland Tropper'.

Mag. Roland Tropper
Geschäftsführer

Anlage: Präsentation EVN